

Der Kampf gegen die Schlafbutzen

von Helmut Lensing

Erst in der Weimarer Republik wurden die elenden Wohnverhältnisse der Heuerlinge politisch thematisiert. Viel dazu beitrug die Gewährung des Wahlrechts für die Heuerleute auf allen Ebenen und die Bildung von vier Heuerlingsverbänden in den preußischen Provinzen Hannover und Westfalen. Der 1919 geschaffene „Verband Christlicher Heuerleute“ (VCH), der die ländliche Unterschicht im Emsland, dem Landkreis Grafschaft Bentheim und im katholischen Teil des Kreises Bersenbrück sammelte, stellte das Begehren nach „menschenswürdigen Wohnungen“ mit an die Spitze seiner Forderungen. Als sich der zentrumsnahe VCH im Februar 1920 mit dem sozialdemokratischen „Nordwestdeutschen Heuerleute-Verband“ aus dem Osnabrücker Land zu einem koordinierten Vorgehen gegenüber den staatlichen Behörden verband, kam der Kampf gegen die Schlafbutzen und für menschenwürdige Wohnungen ganz weit oben auf dem gemeinsamen Aktionsplan.

Die Heuerlingsverbände prangerten überdies das Wohnungselend öffentlichkeitswirksam an. So schrieb beispielsweise 1924 ein Heuermann vom „Verband Christlicher Heuerleute“ aus der Haselünner Gegend in einem Leserbrief in der „Haselünner Zeitung“: *Vor dem Krieg ließ die Instandhaltung der [Häuser der] Heuerleute sehr zu wünschen übrig. Es ist schon vorgekommen, daß ein Heuermann bei Wind und Regen am Abend sich mit aufgespanntem Regenschirm zu Bett liegen musste, um seine Gesundheit nicht ganz auf das Spiel zu setzen.*

Nachdem sie die Öffentlichkeit für ihr Anliegen sensibilisiert hatten, forderten die Heuerlingsverbände mit Unterstützung der ihnen nahestehenden Parteien Zentrum, SPD und „Deutsche Demokratische Partei“ (DDP) erfolgreich staatliche Hilfen insbesondere zur Beseitigung der gesundheitsschädlichen Schlafbutzen. Dafür engagierte sich ebenfalls der Osnabrücker Regierungspräsident Dr. Adolf Sonnenschein. Dennoch verschwanden die Alkoven zunächst nur langsam, so

dass 1925 ihre Zahl allein im Regierungsbezirk Osnabrück noch auf 4500 bis 5000 geschätzt wurde.

Der politische Druck der Heuerlingsverbände und der Parteien der Weimarer Koalition sorgte allerdings dafür, dass ab Mitte der 1920er Jahre eine große Zahl von Schlafbutzen – nicht zuletzt aus Mitteln der Krankenkassen zur Tuberkulosebekämpfung – beseitigt wurde, wie das Beispiel Grafschaft Bentheim zeigt. Der Landkreis berichtete 1928, es seien 1926 im Bentheimer Land 1169 Schlafbutzen bekannt gewesen. Für die Beseitigung einer Butze und zur Schaffung eines gesunden Schlafrums sei eine Beihilfe von jeweils 100 Reichsmark gezahlt worden, woraufhin deren Zahl inzwischen auf unter 1000 gesunken sei.

Trotz aller Modernisierung blieb indes die Wohnungsnot zahlreicher Heuerleute weiterhin groß, wie ein Beispiel aus der Grafschaft verdeutlichen soll. In einem Heuerlingshaus in Scheerhorn (Kreis Bentheim) schliefen in einer zwölf Quadratmeter großen Schlafstube, neben der nur eine Küche vorhanden war, in zwei Butzen die Eltern, zwei Söhne im Alter von 15 und 19 Jahren und sechs Töchter im Alter von 3 Monaten bis 21 Jahren.

Ähnlich primitiv wie die Schlafstätten stellten sich vielfach die Toiletten dar. Lange Zeit wurde – vor allem im Winter – einfach der Stall genutzt, ansonsten das Gebüsch um den Hof. Später kam dann das so genannte „Plumpsklo“ auf, das sich vielfach bis weit in das 20. Jahrhundert hinein hielt.

Erst ab den 1950er Jahren verschwanden mit der Umsetzung des Emslandplans von 1950 derartig primitive Wohnverhältnisse der ländlichen Unterschicht in dieser Region.

Quellen

Frerener Volksblatt Nr. 47 vom 23.11.1919

Frerener Volksblatt Nr. 8 vom 22.2.1920

Haselünner Zeitung Nr. 18 vom 3.5.1924

Katholischer Volksbote Nr. 5 vom 12.1.1930

NLA Os Rep 450 Bentheim I L. A. Bentheim Nr. 464 Bd. 1